

NORBERT SIEVERS

Kulturpolitik findet im Prozess öffentlicher Kommunikation statt

Rückblick auf zehn Kulturpolitische Bundeskongresse

Die große Anzahl der jährlich stattfindenden kulturpolitischen Tagungen und Veranstaltungen sind ein Indiz für die gewachsene Bedeutung dieses Politikfeldes in den letzten Jahrzehnten. Die Diskursfreudigkeit in diesem Bereich ist sicherlich ein Merkmal der entwickelten kulturpolitischen Öffentlichkeit, in der zivilgesellschaftliche Akteure immer mehr den Ton angeben und dadurch eine verantwortungsvollere Rolle im Kommunikationsprozess Kulturpolitik übernehmen. Paradigmatisch sind dafür die Kulturpolitischen Bundeskongresse der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Bundeszentrale für politische Bildung, die seit dem Jahr 2001 bislang zehn Mal durchgeführt werden konnten. An ihnen lassen sich die Notwendigkeit und die Qualitätskriterien öffentlicher Debatten und Kongresse für die Modernisierung der Kulturpolitik diskutieren. Diese Frage soll im Rückblick auf die bisherigen Kulturpolitischen Bundeskongresse erörtert werden.

Die Kulturpolitischen Bundeskongresse

Die Durchführung der im zweijährigen Rhythmus stattfindenden Kulturpolitischen Bundeskongresse gehört zu den zentralen Aufgaben des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für diese Aufgaben finanziell gefördert wird. Es ist die Aufgabe der Kongresse, aktuelle Themen der Kulturpolitik von bundesweiter Relevanz öffentlich zu diskutieren und zu kommunizieren. Damit steht die Kongressreihe ab 2001 in der Kontinuität des Bedeutungsgewinns, den die Bundeskulturpolitik seit den 1990er Jahren und namentlich mit der Etablierung des Amtes einer beziehungsweise eines Beauftragten für Kultur und Medien im Jahr

1998 erfahren hat. Ihr Ziel ist nicht, die vielfältig stattfindenden Diskussionen zu kulturpolitischen Fragen und Problemen zu ersetzen, sondern vielmehr durch die Wahl der Themen und die Art der »Inszenierung« Markierungen und Schwerpunkte in diesem Diskurs zu setzen, die eine gewisse Orientierungsfunktion haben. Gleichzeitig sollen die Kulturpolitischen Bundeskongresse Treffpunkte sein, um die Akteure der unterschiedlichen kulturpolitischen (Entscheidungs-)Ebenen und Kontexte zusammenzubringen und ihnen ein Forum zu geben.

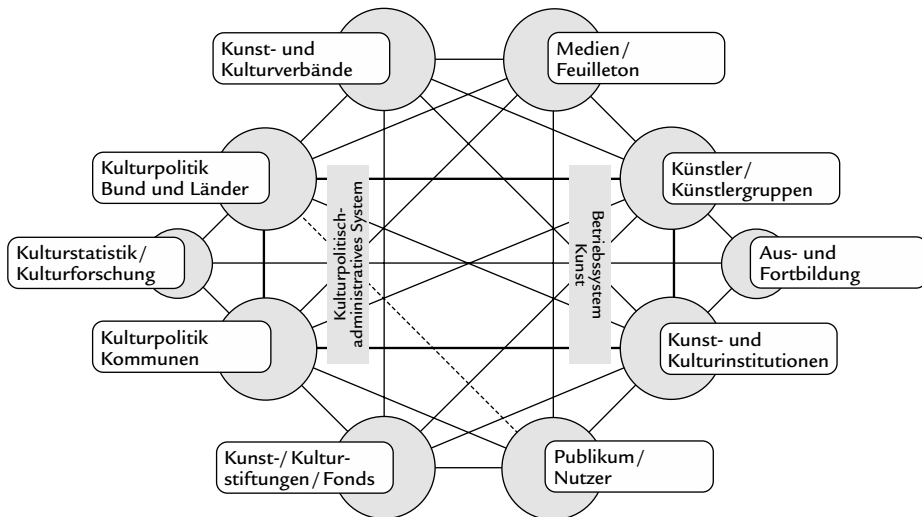
Die Kulturpolitischen Bundeskongresse wurden und werden federführend vom Institut für Kulturpolitik geplant und durchgeführt. Die Mitarbeiter*innen des Instituts können dabei zurückgreifen auf Ressourcen der Kulturpolitischen Gesellschaft (Kompetenz, Verbindungen, Erfahrungen), die in der kulturpolitischen Öffentlichkeit ein eingeführter und bekannter Akteur und Tagungsveranstalter ist. Als enger Kooperationspartner und Mitveranstalter konnte von Beginn an (2001) die Bundeszentrale für politische Bildung gewonnen werden, die sich auch bei jedem Kongress finanziell beteiligt hat. Darüber hinaus wurden für die einzelnen Kongresse jeweils spezifische Veranstaltungs- und Medienpartner angesprochen und einbezogen, die auch programmatisch für das jeweilige Thema standen.¹

Der kulturpolitische Diskurs als Modernisierungsfaktor

Ein Kennzeichen für den kulturpolitischen Modernisierungsprozess der letzten Jahrzehnte ist die Diskursfreudigkeit der Akteure. Tagungen, Publikationen und internetbasierte Informationsdienste haben sich in dieser Zeit vervielfacht. Dieser Umstand ist nicht nur der Eigendynamik dieser Entwicklung geschuldet, sondern hängt unmittelbar zusammen mit den Strukturbesonderheiten des föderalen, dezentralen und pluralistischen kulturpolitischen Systems. Es ist nicht hierarchisch, sondern eher polyarchisch organisiert und kann als Netzwerk unterschiedlichster Akteure oder Funktionsgruppen dargestellt werden (vgl. *Grafik auf der folgenden Seite*). Weil es ohne »Spitze und Zentrum« (Niklas Luhman) auskommt und es (außer bei gesetzlichen Regelungen) kein Durchregieren von »oben« nach »unten« gibt, sind Veränderungen und Modernisierungen auf diesem Feld das Ergebnis vielfältiger Diskurse und konsensgestützter Vereinbarungen in einem kommunikativen Prozess, vor allem auf kommunaler Ebene. Darin liegen eine Stärke und Schwäche der Kulturpolitik zugleich. Stark ist die pluralistische und diskursbasierte Kulturpolitik, weil sie getragen wird durch die Überzeugung vieler Akteure. Ihre Schwäche liegt demgegenüber darin begründet, dass Veränderungen mitunter langwierig sind.

Die Kulturpolitik ist aufgrund ihrer Struktur (und historischen Entwicklung) geradezu prädestiniert für die Ausbildung einer zivilgesellschaftlichen ›diskursiven Infrastruktur‹, die dem kulturpolitischen Modernisierungsprozess die in-

Akteursnetzwerk der Kulturpolitik



Quelle: eigene Darstellung

haltlichen Impulse, die öffentlichen Anstöße und die zur Reflexion auffordernden Foren anbietet. In den letzten Jahrzehnten hat sich diese Infrastruktur enorm entwickelt. Die kulturpolitische Öffentlichkeit ist vielfältiger und komplexer geworden. Neben den Verbänden spielen die Medien nach wie vor eine große Rolle. Akademien, Forschungsinstitute und Stiftungen geben wichtige Impulse. Viele kulturpolitische Entwicklungen und Ereignisse sind Gegenstand von Fachdiskursen mit spezialisiertem Publikum. Selbst weniger potente Verbände und Akteure verfügen heute über ihre eigenen Kommunikationsmedien und koppeln sich von den traditionell dominanten Medien der Öffentlichkeit ab, wenn sie damit jemals verbunden waren. Sie haben und suchen sich ihre eigenen Adressaten und konstituieren auf diese Weise eine eigene Realität kulturpolitischer Öffentlichkeit, was die ohnehin komplexe Struktur im Feld der Kulturpolitik nicht gerade übersichtlicher macht.

Der kulturpolitische Diskurs findet jedoch nicht nur medial statt, sondern ist nach wie vor angewiesen auf Face-to-face-Kommunikation, auf unmittelbare persönliche Auseinandersetzung, auf Erfahrungsaustausch etc. Tagungen und Kongresse sind nach wie vor eine wichtige Infrastruktur für die kulturpolitische Öffentlichkeit. Auch sie haben quantitativ wie qualitativ in den letzten drei Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen, obwohl in der Regel sehr viel höhere Beteiligungskosten damit verbunden sind. Ein Blick in den Tagungskalender der Kulturpolitischen Gesellschaft zeigt, wie viele Akteure sich auf diesem Feld inzwischen tummeln.

Qualitätskriterien der Kulturpolitischen Bundeskongresse

»Kulturpolitik findet im Kontext öffentlicher Kommunikation statt«. Dieses Diktum steht für das Selbstverständnis der Kulturpolitischen Gesellschaft und verweist auf die oben skizzierten Diskursbedingungen in der Kulturpolitik. Was bedeuten die obigen Ausführungen für die Frage, wie bundesweite Kongresse in diesem Politikfeld organisiert werden sollten? Woran bemisst sich ihre Bundesrelevanz? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und unter Verzicht auf eine interne Hierarchie der Stichworte lassen sich folgende Anforderungen und Qualitätskriterien aufführen:

- Aktualität und Relevanz des Themas
- Fachliche Qualität der Beiträge
- Reputation und Autorität der Akteure
- Pluralität der vertretenen Meinungen
- Diskurs- und Streitkultur
- Strategische Anlage der Kongresskommunikation
- Offenheit und Zugänglichkeit der Veranstaltung
- Nachhaltigkeit des inszenierten Diskurses
- Adressat*innen- und Teilnehmer*innenorientierung

Auf der inhaltlichen Ebene ist zunächst von entscheidender Bedeutung, dass das Thema des Kongresses in der Öffentlichkeit auf Resonanz stößt und zur Teilnahme motiviert. Seine Aktualität und Relevanz sollte unstrittig und von allgemeinem Interesse sein. Wichtig ist jedoch, dass die zu behandelnde Frage auf ein gesellschaftliches oder kulturpolitisches Problem verweist. Schließlich kommt es darauf an, dass zu behandelnde Problem auf den Begriff zu bringen bzw. in eine Frage zu kleiden, die auch kommunizierbar ist. Deshalb wurden die Kulturpolitischen Bundeskongresse begrifflich bewusst sehr plakativ markiert, wobei in der Regel das Wort »Macht« beziehungsweise »macht« in seiner Doppelbedeutung von Macht und machen (auch: ermöglichen) eine besondere Rolle spielte.

Nicht jedes Thema eignet sich für eine öffentliche Erörterung, obwohl sich dahinter ein relevantes Problem verbergen mag. Veranstaltungen zu komplizierten Rechtsmaterien etwa füllen in der Regel keine großen Säle. Es macht auch keinen Sinn, solche Fragen auf die kulturpolitische Agenda zu setzen, deren Beantwortung der einladenden Organisation nicht zugetraut wird. Die Themen sind vielmehr danach auszuwählen, dass sie zum Profil der Kongressveranstalter passen. Gegebenenfalls sollte ein weiterer Veranstaltungspartner mit ins Boot geholt werden, um die entsprechende fachliche Autorität symbolisch ausweisen zu können. Darauf haben auch die Veranstalter der Kulturpolitischen Bundeskongresse stets Wert gelegt. Als es beim ersten Kongress um die Kunst ging, war es die Akademie der Künste und beim Thema Interkultur war das Haus der Kulturen der Welt Kooperationspartner und so weiter. Solche kooperativen Arrangements sind nicht nur nützlich für die Kongressorganisation, sondern enthalten auch die Botschaft,

dass das diagnostizierte Kooperationserfordernis auch auf der diskursiven Ebene ernst genommen wird.

Selbstverständlich reichen eher symbolische Arrangements nicht aus, um wirkliche Fachlichkeit und Kompetenz annoncieren zu können. Dazu bedarf es der Ausarbeitung eines fundierten Konzeptes, der Formulierung der richtigen Fragen und der Gewinnung ausgewiesener Expert*innen und renommierter Personen, deren Namen Sach- und Erfahrungswissen, aber auch Glaubwürdigkeit und Autorität verbürgen. Für die öffentliche Diskussion eines Themas ist beides wichtig: die Informationsqualität der Beiträge und der Meinungsstreit im Kontext einer kontroversen Debatte, die die Pluralität der Positionen in der Kulturpolitik zum Ausdruck bringt. Zu berücksichtigen ist, dass ein Kongress als öffentliche Veranstaltung inszeniert werden muss und angewiesen ist auf eine gewisse auratische Qualität. Und dies hat zu tun mit der Performance der Akteure und der Struktur der Formate. Rhetorisch brillante Referent*innen sind dabei ebenso wichtig wie intelligent moderierte Streitgespräche und die Gelegenheit zur Beteiligung der Kongressteilnehmer*innen. Auch aufmerksamkeitsverträgliche Zeittakte, Pausen und Wechsel der Formate gehören zu einer ausgewogenen Kongressdramaturgie. Die Rezeptionsgewohnheiten der Menschen in der Mediengesellschaft machen vor den Kongressstüren keinen Halt.

Die bisherigen Kulturpolitischen Bundeskongresse haben versucht, vielen Anforderungen zu genügen: Sie waren Foren der kulturpolitischen Diskussion, sie legten Wert auf die Vermittlung von Sachinformationen und sie boten Raum für den Erfahrungsaustausch der Teilnehmer*innen. Die Plenumsveranstaltungen waren dabei vor allem den Themen vorbehalten, bei denen das größte öffentliche Interesse vermutet werden konnte, während in den parallelen Foren auch Spezialfragen und eher praxisbezogene Probleme behandelt werden konnten. Ziel war es, möglichst viele Akteure aus dem Betriebssystem Kulturpolitik an der Diskussion zu beteiligen: Politiker*innen, Wissenschaftler*innen, Journalist*innen, Künstler*innen, Kulturarbeiter- und -manager*innen aus den verschiedenen Kontexten, um die Engführung des kulturpolitischen Diskurses auf einzelne Funktionsgruppen zu überwinden.

Themen und Inhalte der Kulturpolitischen Bundeskongresse

Die Themen der Kulturpolitischen Bundeskongresse folgten dabei jeweils aktuellen Anlässen und Diskursen. Sie wurden vom Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft und vom Kuratorium des Instituts für Kulturpolitik vorgeschlagen und mit dem Mitveranstalter und den Kooperationspartnern abgestimmt. Im Rückblick lassen sich daran wichtige Debatten der letzten zwei Jahrzehnte nachvollziehen, die bis heute nachwirken und die Kulturpolitik beeinflusst haben.

Der Auftaktkongress »*kunst.macht.kulturpolitik*« im Jahr 2001 setzte bewusst das Thema Kunst ins Zentrum der Debatte, weil Kulturpolitik vor allem den Auftrag hat, die Entwicklung der Künste zu fördern und die Rahmenbedingungen für ihre

Produktion und Vermittlung zu gestalten. Neben den Hauptkongressorten bot sich hier die Akademie der Künste als programmatischer Ort für die Abschlussveranstaltung mit dem Staatsminister für Kultur und Medien, Julian Nida-Rümelin, an. Zum Auftakt des Kongresses hatte Bundespräsident Johannes Rau die Kongressgäste zu einem Empfang ins Schloss Bellevue eingeladen. Die Eröffnungsvorträge zum Kongress hielten der damalige Intendant und künstlerische Leiter der Salzburger Festspiele Gerard Mortier und der Philosoph Slavoj Žižek. Damit war das Niveau angezeigt, auf dem die Kulturpolitischen Bundeskongresse agieren sollten.

Der zweite Kongress »*inter.kultur.politik*« 2003 nahm sich eines zeitaktuellen Themas an und behandelte bereits früh die Fragen der Integration als kulturpolitische Herausforderung. Schon bei diesem Kongress ging es darum, die kulturellen Chancen und Potenziale der Migration zu erkennen und zu einer Neuorientierung der innerstaatlichen und auswärtigen Kulturpolitik beizutragen. Leitmotivisch stand dafür der Titel der Kongresserklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft »Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell«. Wir wissen heute, wie sehr sich dieser Satz bewahrheitet hat und selbstverständlich geworden ist. Der geeignete programmatische Ort für diesen Kongress war das Haus der Kulturen der Welt in Berlin, in dem der Kongress stattfand. Der Kulturwissenschaftler Sarat Maharaj von der University of London hielt den Eröffnungsvortrag mit dem Titel »Weltkunst? Kunst und Kultur in der multiethnischen Gesellschaft«.

Das Verhältnis von Angebots- und Nachfrageorientierung war dann das Thema des dritten Kongresses »*publikum.macht.kultur*« im Jahr 2005. Im Kern ging es dabei um die Erkenntnis, dass das kulturelle Interesse kein unbegrenzt verfügbares Gut ist, sondern eine knappe Ressource, um die sich viele Anbieter auf dem Kulturmarkt bemühen. Insofern stand die Frage im Raum, ob nicht ein Umsteuern von einer angebots- zu einer nachfrageorientierten Kulturpolitik notwendig sei, um der neuen strategischen Position des Publikums gerecht zu werden. Dies war der Auftakt zu einer Debatte, die weite Kreise zog und bis in den Bericht der Enquetekommission »Kultur in Deutschland« (2007) seine Wirkung zeigte. Ferner war es der bisher am besten besuchte Bundeskongress.

Die Themenwahl des vierten Bundeskongresses »*kultur.macht.europa*« war zwar auch der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 geschuldet, aber die Kulturpolitische Gesellschaft ist diesem Thema auch von jeher verbunden. Im Zentrum standen dabei das Verhältnis von nationaler und europäischer Kulturpolitik und die konkreten Fragen, ob Europa eine kulturelle Außendarstellung braucht und wie es sein Potenzial der kulturellen Vielfalt besser nutzen kann. Darüber hinaus ging es um konkrete Projekte auf der »Kulturbaustelle Europa« und um die Akteure, die darauf tätig sind. Der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg formulierte einleitend einige Gedanken dazu, wie die »Kulturmacht Europa« sich besser in Szene setzen könne.

Im Jahr 2009 war das neue Interesse an Geschichte das Hauptthema des fünften Kulturpolitischen Bundeskongresses »*kultur.macht.geschichte*«. Dabei waren

es nicht nur die Jubiläumsjahre (z.B. Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949, 20 Jahre Fall der Mauer), die dem Thema seine Begründung gaben, sondern auch die Frage, wie Kulturpolitik auf die Situation reagieren soll, dass die nationalen Erzählungen im kulturellen Gedächtnis der Menschen durch die Globalisierung und Migration relativiert werden. Wie können Kulturpolitik und kulturelle Bildung darauf reagieren? Der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert hielt den Eröffnungsvortrag zum Thema »Zukunft braucht Erinnerung«.

Ob auch das Internet und die Digitalisierung als Kulturfaktoren in der Kulturpolitik ernster genommen werden müssen, war dann bereits im Jahr 2011 Thema des Kongresses »netz.macht.kultur«. Dabei ging es um die gesellschaftspolitischen Folgen der veränderten Kommunikation und die Infragestellung gewohnter Rechts- und Ordnungsvorstellungen sowie der zentralen Codes moderner Zivilgesellschaften Freiheit, Eigentum, Privatheit und Öffentlichkeit, aber auch um konkrete Möglichkeiten neuer Kulturproduktion und -vermittlung. Den Eröffnungsvortrag hielt der Kulturosoziologe Gerhard Schulze zum Thema »Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0. Kunst und Publikum im digitalen Zeitalter«. Auch diese Digitalisierungsdebatte sollte sich in den Folgejahren auch in konkreten kulturpolitischen Handlungsfeldern niederschlagen.

Der siebte Bundeskongress war im Jahr 2013 dann einem Thema gewidmet, für das die Kulturpolitische Gesellschaft wie kaum eine anderer kulturpolitischer Akteur steht: »Kultur nach Plan«. Und auch diese Debatte hatte Folgen, denn der Untertitel »Strategien konzeptbasierter Kulturpolitik« gehört mittlerweile zu den Standardformeln und Qualitätskriterien öffentlicher Kulturpolitik. Kaum jemand würde heute noch bestreiten, dass Kulturpolitik planvoll im Dreieck von Staat, Markt und Zivilgesellschaft zu betreiben ist und sich dabei um eine neue Governance mit Beteiligungsoptionen bemühen sollte. Die vielen Kulturentwicklungsplanungen und ausformulierten Kulturpolitikkonzepte auf kommunaler und Landesebene, die es seitdem gibt, zeugen davon. Auf dem Bundeskongress wurden sie zum Thema gemacht. Auch der damalige Staatsminister Bernd Neumann, der den Kongress eröffnete, unterstrich die Bedeutung von Planung im Kulturbereich.

Der achte Kongress im Jahr 2015 »Kultur.Macht.Einheit« stand inhaltlich in der Kontinuität des vorangegangenen Kongresses, insoweit es um Fragen der Erinnerung und der Transformation ging. Fünfundzwanzig Jahre nach Vollendung der deutschen Einheit sollte auf den Prüfstand gestellt werden, wie der Einigungsprozess kulturpolitisch gestaltet worden war. Es ging in weiterer Perspektive aber auch darum, wie die Veränderungsnotwendigkeiten in der Kulturpolitik zum Thema gemacht werden können und was konkret zur Transformation ansteht. Entstanden ist daraus eine dokumentierte Zwischenbilanz, die auch in diesem Jahr (2020) hilfreich sein kann, wenn es darum geht, ausgehend vom 30. Jubiläum der deutschen Einheit einen erneuten Blick zurück nach vorne zu werfen.

Nach den eher praxisorientierten Kongressen stand im Jahr 2017 wieder ein eher allgemeinpolitisches Thema auf der Tagesordnung: »Welt.Kultur.Politik«. Die

Folgen der Globalisierung sind seit Jahren in aller Munde und haben auch die Kulturpolitik längst erreicht. Ökologische, ökonomische und kulturelle Prozesse (und aktuell natürlich gesundheitliche Fragen) sind immer stärker miteinander verflochten und es wird immer schwieriger zwischen »außen« und »innen« zu unterscheiden und die dadurch verursachten Konflikte zu verstehen. Dies gilt auch für die Kulturpolitik. So war es naheliegend, das Verhältnis zwischen der innerstaatlichen und auswärtigen Kulturpolitik zu thematisieren und das Auswärtige Amt dabei einzubeziehen. Staatsministerin Monika Grütters und der damalige Außenminister Sigmar Gabriel gingen darauf in ihren Reden ein. Die Einladung der Kongressteilnehmer*innen zu einem Empfang ins Schloss Bellevue durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Vorabend des Kongresses war erneut ein schönes Zeichen der Wertschätzung des Kongresses von höchster Stelle.

Der zehnte Kongress »*Kultur.Macht.Heimat(en)*« 2019 verließ dieses Diskursniveau nur scheinbar. Denn auch die Frage der *Be-* und *Ent*heimatung hängt unmittelbar mit Fragen der Globalisierung, der Migration und Integration zusammen und beeinflusst den innergesellschaftlichen Diskurs. Denn genau an der Frage, ob Deutschland die Heimat für viele Menschen aus anderen Ländern und Kulturen werden kann, entscheidet sich die Integrationsfrage. Insofern ist Heimat eine enorm politische Kategorie, deren Diskussion sehr behutsam geführt werden muss. Im Rahmen des Kongresses ist dies gelungen, trotz widerstreitender Positionen wie die des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse und der Kulturwissenschaftlerin Bilgin Ayata.

*Teilnehmer*innenmeinung zu den Kulturpolitischen Bundeskongressen*

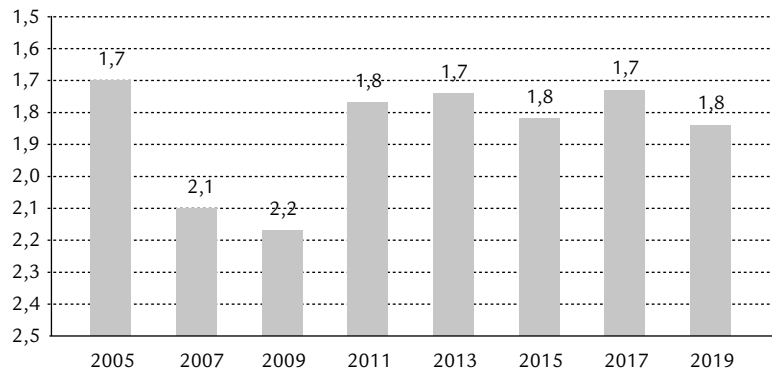
Seit dem dritten Kulturpolitischen Bundeskongress im Jahr 2005 werden anlässlich dieser Veranstaltungen Teilnehmer*innen-Befragungen durchgeführt, um von den Adressaten in Erfahrung zu bringen, wie der Kongress bei ihnen angekommen ist und um gegebenenfalls Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten zu erhalten. Auch wenn sich an diesen Befragungen – immer mit den gleichen Fragen – 15 bis 25 Prozent der Teilnehmenden beteiligt haben, so vermitteln die Ergebnisse in ihrer Konstanz über die einzelnen Veranstaltungen hinweg doch einen guten Eindruck. Vor allem die Rückmeldungen zur Kongresskonzeption, zum Veranstaltungsmanagement und zur Gesamtzufriedenheit sind dabei bemerkenswert.

Bei der Bewertung der inhaltlichen *Konzeption des Kongresses*, die in der Schulnotensystematik abgefragt wurde, zeigt sich, dass die Aktualität des Themas besonders ab dem Kongress 2011 außerordentlich gut bewertet wurde. Auch die inhaltliche Strukturierung wurde kongressübergreifend für gut befunden (Mittelwert 2,2). Auffallend ist, dass die Teilnehmenden das Verhältnis von Theorie zu Praxis sowie dasjenige der Panel- zu den Forumsdebatten und der Vorträge zu Diskussionen etwas schlechter bewertet haben. Hier wird möglicherweise mehr Partizipation und Kommunikation gewünscht, was im Rahmen eines Kongressformates, das auch repräsentativen Funktionen zu genügen hat, nicht einfach zu realisieren ist.

Entwicklung der durchschnittlichen Beurteilung der Kongresskonzeption (Schulnotensystematik)

	2005	2007	2009	2011	2013	2015	2017	2019
Aktualität des Themas	1,6	2,0	1,7	1,3	1,5	1,5	1,4	1,4
Inhaltliche Strukturierung des Themas	2,3	2,6	2,0	2,2	2,1	2,1	2,1	2,2
Verhältnis von Panels und Forumsdebatten	2,6	2,9	2,2	2,5	2,9	2,7	2,7	2,6
Verhältnis von Vorträgen und moderierten Diskussionen	2,5	3,2	2,0	2,5	2,7	2,6	2,7	2,6
Mischung von Theorie – Praxis – Politik		3,4	2,4	2,5	2,6	2,5	2,6	2,5
Verhältnis von Fachinformationen und kommunikativ-geselligen Angeboten				2,3	2,3	2,2	2,4	2,5
Auswahl der Referent*innen							2,0	2,2

Entwicklung der durchschnittlichen Gesamtzufriedenheit mit den Kulturpolitischen Kongressen (Schulnotensystematik)



Quelle: eigene Darstellung

Sehr beeindruckend ist auch die Konstanz der Bewertungen zur *Kongressorganisation*. Mit Blick auf die abgefragten Kategorien (Tagungsräume, Verpflegung, Kongressunterlagen, allgemeine Organisation, Medieneinsatz und Zeitstruktur) gab es durchweg sehr gute bis gute Noten. Vor allem das Kongressmanagement wurde sehr positiv bewertet, was nicht selbstverständlich ist, weil dafür – im Gegensatz zu vielen anderen Kongressen – kein externer Dienstleister beauftragt worden ist. Diese Arbeit wurde vielmehr vom KuPoGe-Team und begleitend auch vom bpb-Team geleistet.

Auch die Betrachtung der durchschnittlichen *Gesamtzufriedenheit* mit dem jeweiligen Kongress, zeigt eine durchgehend positive Tendenz. Sechs von acht Noten liegen zwischen 1,7 und 1,8. Insgesamt kann also davon ausgegangen werden, dass die Kulturpolitischen Bundeskongresse bei den Kongressteilnehmer*innen, die sich an den Befragungen beteiligt haben, auf eine sehr positive Resonanz gestoßen sind.

Nach- und Dankwort

Einleitend wurde festgestellt, dass Tagungen und Kongresse als Foren der Information und Diskussion gerade in der Kulturpolitik immer noch eine besondere Bedeutung haben, um in diesem disparaten Feld über die verschiedenen Politik-ebenen, Parteigrenzen, Interessen- und Statusgruppen hinweg Meinungsbildung zu ermöglichen und Modernisierungsimpulse zu vermitteln. Dies konnte jedoch nachhaltig nur gelingen, weil die Kulturpolitischen Bundeskongresse nicht als singuläre Ereignisse konzipiert wurden, sondern als Elemente eines langfristigen Diskussionsprozesses, an dem viele Akteure beteiligt waren. Im Rückblick auf zehn Kongresse wird schon anhand der Themen deutlich, wie der kulturpolitische Diskurs sich in Deutschland entwickelt hat. Der selbst gesetzte Anspruch, die Marke »Kulturpolitischer Bundeskongress« erfolgreich in der deutschen kulturpolitischen Öffentlichkeit zu platzieren, kann schon deshalb als gelungen betrachtet werden.

Der Verfasser dieses Beitrags hatte das Glück, alle Kongresse zunächst als Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft und später als Leiter ihres Instituts für Kulturpolitik federführend und in einem Team engagierter Kolleg*innen mit vorzubereiten, zu koordinieren, zu begleiten und auszuwerten. Es waren Zeiten und Momente intensivster kulturpolitischer Debatten und dies vor allem deshalb, weil die Kongresse sich strikt an der Devise der Kulturpolitischen Gesellschaft orientiert haben, Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik zu begreifen. Die Kongresse haben die kulturpolitischen Diskussionen nicht nur widerspiegelt, sondern nach meiner Überzeugung auch geprägt und damit auch Einfluss auf die Kulturpolitikentwicklung in Deutschland gehabt. Dies wird auch in Zukunft der Maßstab sein müssen. Ich bin überzeugt, dass es gelingen wird.

Mit meinem altersbedingten Ausscheiden aus der Geschäftsleitung der Kulturpolitischen Gesellschaft endet nun auch mein Engagement für dieses etablierte Diskursformat. Mein Dank gilt zunächst meinen Kolleg*innen in der Kulturpolitischen Gesellschaft für ihre Einsicht und Nachsicht, wenn es mal wieder alles viel zu viel wurde. Zu danken habe ich aber auch dem KuPoGe-Vorstand und dem IfK-Kuratorium für das in mich gesetzte Vertrauen sowie dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung und seinen Mitarbeiter*innen für die sehr gute und freundschaftliche Kooperation bei allen Kongressen. Last but not least gilt mein Dank den Förderern, namentlich der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, für stetige Unterstützung sowie den Referent*innen und Teilnehmer*innen der Kongresse für ihr Interesse und ihre Diskurslust.